

Danziger Zeitung

M 18249.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. April.

Die Geschäftslage im Abgeordnetenhaus.

An die Debatte, daß die Vorlegung der Novelle zum Berggesetz nicht mehr erfolgen werde, da man zunächst das Ergebnis der Verhandlungen des Reichstages über das Arbeitergesetz abwarten wolle, ist die Erwartung geknüpft worden, daß es jetzt gelingen werde, den Schluß der Landtagssession bis zum Zusammentritt des Reichstages oder wenigstens bis Pfingsten herbeizuführen. In parlamentarischen Kreisen war man freilich von vornherein der Ansicht, daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen könne, wenn auch nur die gegenwärtig dem Landtage vorliegenden Gesetzentwürfe zur Durchberatung gelangen sollten. Bekanntlich ist das Renten-gesetz bisher selbst in der Commission des Herrenhauses noch nicht erledigt, wenigstens nicht, soweit die neuen Reichsrenten in Frage kommen. Das Plenum des Herrenhauses wird über diese Angelegenheit, von deren Annahme ein erheblicher Theil des Hauses die Zustimmung zum Gesetz abhängig machen will, frühestens Ende dieses Monats abstimmen können, da die dringende Aufgabe des am 25. d. Mts. wieder zusammentretenden Hauses die Feststellung des Etats sein wird. Inzwischen hat der Cultusminister gestern auch die Einbringung des seit Jahren angekündigten Gesetzes über die Verwendung der Sperrgelder in Aussicht gestellt. In welcher Richtung die wiederholt erörterte Frage bezüglich der Verwendung der 15 bis 16 Millionen Mk. im Staatsministerium entschieden ist oder entschieden wird, ist bisher noch nicht bekannt geworden. Der Wunsch des Centrums, daß die Ersparnisse in Folge der Einstellung der Staatsleistungen für die Geistlichen in den einzelnen Diöcesen zur freien Verwendung beim zur Entschädigung der durch das Sperrgesetz geschädigten Geistlichen überwiesen werden, wird sicherlich in Erfüllung gehen. Bei früheren Anlässen war davon die Rede, die in Frage stehenden Gelder zu Kirchenbauten und dergleichen sachlichen Ausgaben zu verwenden. Jedenfalls wird die Verhandlung dieses Gesetzes schon im Abgeordnetenhaus zu sehr lebhaften und wahrscheinlich nicht ganz kurz verlaufenden Verhandlungen führen. Wenn auch weitere Vorlagen dem Landtage nicht mehr zugehen werden, so läßt die jetzt in Aussicht gestellte Erweiterung des Arbeitskreises eine Verlängerung der Session über Pfingsten hinaus mit voller Sicherheit vorhersehen.

Der Welfenfonds und die Cartellparteien.

Ueber die Frage des Welfenfonds äußern sich heute gleichzeitig zwei Organe der Majorität des Abgeordnetenhauses, die „National-Zeitung“ und die „Post“. Die „National-Zeitung“ hebt hervor, daß, so weit auch im übrigen die Ansichten über die endgültige Verwendung des Vermögens des Königs Georg aus einandergehen möchten, darüber Uebereinstimmung besteht, daß es angezeigt sei, selbst unter Beibehaltung der Beschlagnahme die Zinsen aus dem beschlaggenommenen Vermögen in den Etat einzustellen. An eine sofortige Regelung der Frage durch einen Initiativantrag des Abgeordnetenhauses scheint auch die „Nat.-Ztg.“ nicht zu denken. Dagegen befürwortet sie, die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session eine Vorlage einzubringen, wonach die unkontrollierbare Verwendung der Einnahmen aus dem Fonds aufhöre. Indessen scheint man in konservativen Kreisen zu einem solchen Vorgehen nicht geneigt zu sein. Die „Post“ wenigstens kommt in ihrer Erörterung über die Frage zu dem Schluß, man müsse der Regierung überlassen, eine gänzliche oder theilweise Aufhebung der Beschlagnahme zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit zu beantragen. Mit Sicherheit könne nur die Regierung die Lage übersehen, wie denn auch ihr allein nur die Verantwortung für das Vorgehen auf diesem Gebiete zufällt. Darnach ist die freiconservative Partei zu einem Vorgehen im Sinne der „Nat.-Ztg.“ nicht geneigt.

Vielleicht erklärt sich durch diese Stellung der Conservativen, daß, wie man uns aus Berlin schreibt, die Nationalliberalen auf die Einbringung eines bezüglichen Antrages in dieser Session verzichtet hätten. Wenn die Conservativen einen solchen Antrag nicht unterstützen, so würde derselbe bei der selbstverständlich ablehnenden Haltung des Centrums keine Aussicht auf Annahme haben.

Stadt-Theater.

Herr Carl Sonntag trat gestern in vier verschiedenen Rollen in ebenso viel einzelnen Stücken vor unser Publikum, so daß man zunächst die Virtuosität in der Anlage der Maske und der Außersichheit der Charakterzeichnung bewundern konnte. Die erste Gestalt, die er uns vorführte, war die des Fürsten Raunich in dem Wiener Genrebild „Ein Wort an den Minister“. Der berühmte Minister Maria Theresias und Josephs II. und erbitterte diplomatische Gegner Friedrichs II. wurde von dem Gaste in der hübschen Vornehmheit des Staatsmannes, welche die Rolle fordert, gegeben. Die Scenen, in denen er mitwirkte, namentlich die Audienzscenen, interessierten deshalb wieder sehr. Selber sind die Scenen des Stückes, welche einen vorausgehen, namentlich die lange Auseinandersetzung zwischen dem Portier und der Frau des Königs, die ohne Schaden wegleiten könnte, sehr gedehnt.

Die Tarifreform im Abgeordnetenhaus.

Die Beratungen der Commission des Abgeordnetenhauses, welcher der Antrag Brömel betr. die Reform der Eisenbahntarife überwiesen worden ist, hat in der vorgestrigen Sitzung die Erörterungen, soweit sie sich auf die Personal Tarife beziehen, zum Abschluß gebracht. Das Ergebnis der Verhandlungen ist bisher ein ziemlich dürftiges. Zur Annahme gelangt ist nur ein Antrag, welcher die Staatsregierung ersucht, bei den mit den deutschen Staatsbahnverwaltungen schwebenden Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Fahrkartensorten eingeschränkt und die reglementarischen sowie die tarifrechtlichen Vorschriften für den Personenverkehr thunlichst vereinfacht und auf allen deutschen Staatsbahnen einheitlich gestaltet werden. Alle weiteren Anregungen auch bezüglich der verkehrswirtschaftlichen Einföhrung des Zonentarifs hat die Mehrheit der Commission unter dem Tisch fallen lassen, da die Commissionäre des Ministers Manbach ein Eingehen auf diese Fragen mit großer Bestimmtheit ablehnten und immer wiederholten, daß die z. Z. schwebenden Verhandlungen mit den übrigen deutschen Bahnverwaltungen abzuwarten seien. Die Commission wird sich demnach mit der Frage der Reform der Gütertarife beschäftigen.

Wünsche zur Steuerdeclarationspflicht.

In agrarischen Kreisen hat man bekanntlich gegen die Einführung der Declarationspflicht bei der Einschätzung zur Personalsteuer nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß, wie Herr v. Rauchhaupt sich in seiner letzten Rede ausdrückte, für die Landwirtschaft in allen freilich Fällen die Objectdeclarations ausreicht. Mit anderen Worten, bezüglich der Einschätzung des Grundbesitzes soll alles beim Alten bleiben. Dagegen soll, wie die „Arenztg.“ heute erläutert, der Steuerzahler verpflichtet werden, der Steuerbehörde Mittheilung über die Höhe seines insbar angelegten Kapitals zu machen. Die Angabe des Zinsfußes erklärt die „Arenztg.“ für ebenso überflüssig, wie beim Grundbesitz die Angabe des wirklichen Einkommens. Das scheint gerecht, ist aber in Wirklichkeit eine große Ungerechtigkeit. Die Einschätzung von Grund und Boden nach Maßgabe des Grundsteuerertrages wird immer hinter dem wirklichen Einkommen des Besitzers zurückbleiben, die Einschätzung des Kapitals ohne Rücksicht auf den Zinsfuß wird in den meisten Fällen zu einer zu hohen Steuerveranlagung führen. Eine solche Einschätzung würde nicht einmal zu einer Feststellung der Höhe des vorhandenen Kapitalvermögens führen. Denn für eine Beurtheilung des Kapitalbesitzes ist es doch nicht gleichgültig, ob das in Folge wirtschaftlicher oder anderer Kräfte entwertete nahezu jinslose Kapital mitgezählt wird. Im übrigen ist nur zu wünschen, daß die Herren Rauchhaupt und Gen. sich beißen, einen bezüglichen Gesetzentwurf noch in dieser Session an das Abgeordnetenhaus zu bringen.

Abänderung der Gewerbeordnung.

Nachdem der Bundesrath den Antrag Preußens auf Abänderung der Gewerbeordnung seinen zuständigen Ausschüssen überwiesen hat, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Reichstag schon in seiner nächsten Session mit einer bezüglichen Novelle zu beschäftigen haben wird. Dieselbe wird, wie bekannt, sich in erster Linie mit Reformen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes beschäftigen, jedoch auch andere Fragen nicht unberücksichtigt lassen. Ueber die letzteren schreiben die „Polit. Nachr.“:

Es steht jedenfalls fest, daß die Befestigung des bisherigen § 120a der Gewerbeordnung vorgeschlagen werden muß. § 120a beschäftigt sich nämlich mit der Regelung der Streitigkeiten der Gewerbetreibenden mit ihren Arbeitern, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen aus demselben, auf die Ertheilung oder den Inhalt der Arbeitsbücher oder Zeugnisse beziehen, und läßt die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte durch Dispositum zu. Bekanntlich hat aber der Bundesrath bereits einen Gesetzentwurf über die Errichtung von Gewerbegerichten fertig gestellt, welcher diese in § 120a behandelte Materie selbständig ordnet. Ein Vorschlag der Befestigung der auf die Schlichtung dieser Streitigkeiten bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung ist demnach unumgänglich notwendig.

Des weiteren glaubt man guten Grund zu der Annahme zu haben, daß auch eine Petition, welche dem Reichstage vierteljährig vorgelegt hat und von diesem zum letzten Male in der Session 1887/88 dem Reichshaus zur Berücksichtigung überwiesen wurde, in der Novelle ihre Berücksichtigung finden wird. Es ist dies die Eingabe des Centralvorstandes

Außer dem Gaste ist Herr Weidlich zu nennen, der den Salomon Oppenheimer, eine Art Moses Mendelssohn, mit bestimmter, aber zugleich sehr maßvoller Charakteristik zeichnete. Auch war Frä. Calliano eine allerliebste Portierstochter. — Der darauf folgende Schwank: „Ein Bündelchen zwischen zwei Feuern“ ist von unverkennbar französischer Maske ein wenig leichtfertig im Stoff, aber zugleich von einer eleganten Leichtigkeit in der Behandlung desselben, die auch das Unbedeutende durch die Gefälligkeit der Form, in der es geboten wird, anziehend erscheinen läßt. Dergleichen Dinge wollen aber auch leicht und flott gespielt werden und das war gestern der Fall. Die Damen Schenk (Georgette) und Gutsfeld (Georgette) wirkten in lebendiger, lebenswürdiger Darstellung und Hr. Sonntag spielte den unverschämten Eindringling Bajazet mit einem so freudigen Humor aus, daß er über die Unwahrscheinlichkeit der Situation, auf welcher das Stückchen ruht, wohl hinwegtäuschen konnte. Die äußerst flotte und zugleich gefällige Dar-

stellung verschafften dem kleinen Stück gestern einen wahren Erfolg. In dem nächsten Einakter, „Ein Knopf“ von Jul. Rosen, war es nun vor allem die köstliche Maske, welche Hr. Sonntag als Professor Bingen angelegt hatte und mit vollster Uebereinstimmung in allen Einzelheiten, dem Gang, den Bewegungen, der Art zu reden u. s. w. einheitlich durchführte. Auch in diesem Stück ist ja der Stoff nicht allzu wahrscheinlich, aber er ist sehr drollig, und so erregte „Ein Knopf“ gestern viel Heiterkeit, wozu außer der trotz ihrer Erglichkeit ungemein natürlichen Darstellung des Gastes besonders das hübsche Spiel des Fräul. Schenk als Gabriele beitrug.

Den Schluß des Abends bildete das Lustspiel „Der Präsident“ von Wilh. Aläger, in welchem Hr. Sonntag den gemüthlich schädelnden Theaterdirector Walter spielte, der in Folge des an seinem Frack von der letzten Theateraufführung noch haftenenden Ordenssterns für den Präsidenten gehalten wird, dessen Anknüpfung die anderen Personen

Sprengung des Thomasmehlringes.

Unser Berliner Δ -Correspondent schreibt uns: Die Bestrebungen der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, den Ring der Thomasmehlmehlfabrikanten zu sprengen, scheinen nun doch von Erfolg gekrönt zu werden. Denn in der nächsten Versammlung der Convention wird der Antrag zur Berathung kommen, mit Schluß dieses Jahres die Convention aufzulösen. Soweit wir unterrichtet sind, wird sich dieselbe in zwei Gruppen spalten, eine östliche und eine westliche. Damit dürfte dem Wunsch der deutschen Landwirtschaft, auf dem Markte des Thomasmehls in Deutschland wieder eine Concurrenz zu haben, Genüge gethan sein. Die östliche Gruppe umfaßt im wesentlichen die Importeure englischer Fabrikate, während die westliche hauptsächlich die deutsche Schläche aufarbeitet. Es liegt im Interesse der Landwirtschaft, daß diese Gruppe, deren Fabriken durch den jetzigen Streik sehr lahm gelegt worden sind, ihre Thätigkeit von neuem aufnimmt und ausländisches Thomasmehl in Deutschland einführt, einmal um die Menge des in Deutschland zu verkehrenden werthvollen Düngemittels zu vermehren und zugleich eine einseitige Preisfestsetzung, wie jetzt, zu verhindern.

Reform des höheren Schulwesens.

Nach Äußerungen verschiedener Regierungsvertreter wird die Reform unseres höheren Schulwesens baldigst in Angriff genommen werden. Welchen Einfluß schon die Beschäftigung derselben auf Maßregeln der Regierung ausübt, geht daraus hervor, daß in einem an die Provinzial-Schulcollegien gerichteten Erlaß über allgemeinere bei der Verstaatlichung höherer Lehranstalten zu beachtende Gesichtspunkte der Cultusminister darauf hingewiesen hat, wie die Bestrebungen bezüglich dieser Reform und die sich möglicherweise daraus ergebenden organisatorischen Maßnahmen es unthunlich erscheinen lassen, daß die Beibehaltung der bisherigen Organisation der Anstalt bezw. die ihr zustehenden Berechtigungen zum Gegenstande der vertragsmäßigen Vereinbarung gemacht und insbesondere von der Erhaltung der Berechtigung der Anstalt zur Ertheilung von Reisezeugnissen für die Universität oder Hochschule die Zurückgabe der Anstalt abhängig gemacht wird. Man wird daraus ersehen, daß die betreffenden Regierungskreise bereits jetzt eine wesentliche Veränderung unserer gegenwärtigen Verhältnisse ins Auge fassen.

Die Arbeiterbewegung in Oesterreich.

Der Strike im Ofrager Revier hat sehr ernste Dimensionen angenommen. Es befindet sich, daß bei dem vorgestrigen Rencontre zwischen Militär

und Strikenden von der Schußwaffe Gebrauch gemacht und viel Blut geflossen ist; und leider ist dieser Zusammenstoß nicht der einzige geblieben. Ueber den gegenwärtigen Stand der Dinge liegen heute folgende Telegramme vor:

Mährisch-Odrau, 19. April. (W. Z.) Bis auf Karwin sind im ganzen Auslandsgebiete alle Werke und Gruben außer Thätigkeit. Herumziehende Banden erzwangen in der Rannlimer Cellulosefabrik und Carlsch'schen Petroleumraffinerie gewaltsam die Einstellung der Arbeit. In der ersteren wurden männliche Beschäftigten angetroffen. In Polnisch-Odrau fand gestern Mittag ein Zusammenstoß feiernder Arbeiter mit militärischen Schutzabtheilungen statt, wobei acht Arbeiter durch Bajonettschläge verwundet wurden. Die wichtigsten Punkte des Auslandsgebietes sind militärisch besetzt.

Odrau, 19. April. (Privattelegramm.) Durch kolossales Militäraufgebot wurden weitere Ruhestörungen verhindert. Die Rädelsführer zogen sich in die Wälder zurück.

Da eine tägliche Kohlenförderung von 180 000 Meter-Centnern gefordert ist, so werden Rückwirkungen auf den Kohlenbedarf Wiens und der aus dem Odrauer Bezirke ihre Kohlen besitzenden industriellen Etablissements besorgt.

Was die Frage der Arbeiterkinderkassen am 1. Mai betrifft, so hat die Oberhauptmannschaft in Pest ihre Genehmigung zur Abhaltung des für den 1. Mai projectirten Arbeiterumzuges nicht erteilt, würde aber nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Arbeiter auf einem von der Stadt zu diesem Zwecke zu überlassenden Platze eine Volksversammlung abhalten und sich in kleineren Gruppen dorthin begeben wollten. — Des weiteren meldet hierzu der Telegraph:

Wien, 19. April. (W. Z.) Ein Erlaß des Statthalters von Nieder-Oesterreich an den Bezirks-Hauptmann Schaffen führt aus, die Arbeiter dürften ohne Zustimmung der Arbeitgeber am 1. Mai nicht feiern, widrigenfalls sie gesetzlich zu bestrafen, eventuell aus dem Arbeitsverhältnisse sofort zu entlassen seien. Die Mehrheit der Arbeitgeber sei eventuell auf Anfragen bereit, am 1. Mai freizugeben. Der Erlaß droht mit der Strengung des Gesetzes gegen Ausbreitungen und appelliert an das gesunde Urtheil der Arbeiter.

Graz, 19. April. (Privattelegramm.) 150 Vertreter hiesiger Genossenschaften beschlossen, am 1. Mai nicht freizugeben.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Führte in der gestrigen Sitzung bei der Debatte über das Budget der Finanzminister v. Dunajewski aus, Oesterreich sei in der glücklichen Lage, seine außerordentlichen Ausgaben, wie Eisenbahnbauten und Rüstungsanforderungen, ohne Creditoperationen decken zu können. Der Finanzminister widerlegte die Angriffe auf das Budget und wies auf die steigende Tendenz der Erträge aus der Brantweinsteuer und dem Tabakmonopol hin. Im weiteren Verlaufe der Debatte betonte der Finanzminister bezüglich der politischen Situation die Mäßigung, Ruhe und Besonnenheit der Regierung. Es sei zu hoffen, daß der von patriotisch geklärten Männern vereinbarte Ausgleich vom böhmischen Landtage im Interesse des Landes, beider Volksstämme und des Reiches angenommen werde. Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß nur in der Verbindung der Völker das Wesen und das Wohl Oesterreichs liege. Das Ministerium stimme den Ängsten über den Militarismus zu, Oesterreich aber, das den Frieden wolle, müsse Bewehr bei Fuß dastehen. Der Minister wies schließlich den Angriff auf das Bündniß mit Deutschland zurück, welches die Grundlage der mitteleuropäischen Friedenspolitik bilde. Im weiteren Verlaufe der Debatte betonte der Abgeordnete Plener, das wahre Verdienst für den böhmisch-deutschen Ausgleich gebühre einem Factor, der hoch über allen stehe. Der Ministerpräsident und die Altkaisers verdienten für ihr entgegenkommendes Verhalten große Anerkennung. Wenn auch die Deutschen in der Opposition verblieben, so seien doch die socialen Probleme der Gegenwart allen Parteien eine Warnung, in der inneren Politik eine Wendung eintreten zu lassen bezwecks Bewältigung der großen sich meldenden Aufgaben.

des Stückes aus verschiedenen Gründen fürchten. In der Darstellung erfreute uns vor allem das künstlerische Maß, mit welchem Hr. Sonntag diesen drastischen komischen Momenten der Rolle behandelte, so daß er auch hier die volle Natürlichkeit der darstellenden Persönlichkeit reitet, ohne andererseits die Rolle in ihrer hochkomischen Wirkung zu beeinträchtigen. Die übrigen Mitspielenden Fräul. Brand (Bertha), Herr Hofmann (Candrat v. Elhorn) und Herr Schindler (Secretär Weber) unterstützten den Gast nach besten Kräften.

Morgen tritt Herr Sonntag als Belphegor in dem Volksstück „Bajazzo und Familie“ auf. Das Stück ist hier so lange nicht gespielt worden, daß es dem größten Theil des Publikums gegenüber als Neuigkeit gelten kann. Es gehört zu jenen französischen Volksstücken, welche sich mit den Leiden und Freuden der ärmlichen Volksklassen beschäftigen und für welche das bekannte Schauspiel „Marie Anne“ als Muster angesehen werden kann.

Das englische Budget.

Ueber die schon kurz erwähnten Erklärungen des englischen Kabinetes der Schatzkammer-Geschehen bei der Einbringung des Budgets liegt jetzt folgender ausführlicher Bericht vor.

Geschehen erklärte, der Ueberschuss des vorigen Finanzjahres betrafe sich auf 3,25 Mill. Pfd. Sterl.; die Staatskassa sei während der letzten 3 Jahre um 23 Mill. Pfd. vermindert worden; er hege die Absicht, einen Milionsfonds einzurichten zwecks Eingehung leichter Goldmünzen. Der Vorschlag für das laufende Finanzjahr hat 86,9 Mill. Pfd. Ausgaben und 90,5 Mill. Pfd. Einnahmen, also mit einem Ueberschuss von 3,5 Mill. Pfd., sei in den Einnahmen vorsichtig veranschlagt worden, da man nicht allzu hoffnungsvoll auf die Fortdauer des Wohlstandes sein dürfe, denn schon hätten die Strikes die günstigen Verhältnisse beeinträchtigt. Für Kasernenbauten seien in diesem Jahre 300 000 Pfd. zu veranschlagen und 100 000 Pfd. seien für Equipierung der Freiwilligen ausgeworfen. Nachdem der Schatzkanzler die bereits gemeldeten neuen Finanzvorschläge gemacht, gedachte er der im Budget vorgesehenen Gewährung kleinerer Erleichterungen in Bezug auf interne Abgaben, welche den unheimlicheren Klassen der Bevölkerung zu Gute kommen sollen, unter anderem auch der Herabsetzung der Haussteuer für kleinere Wohnungen innerhalb 20 bis 60 Pfd. Jahresmiete, was 800 000 Personen zu Gute komme, und bemerkt, daß sich so der Ueberschuss schließlich auf eine Viertel-Million reducire. Zwecks Erhöhung der der Lokalbehörden übertragenen Steuererträge um 1,25 Millionen Pfund bringt Geschehen einen Steuerzuschlag von 6 Pence per Gallone Spirit in Vorschlag und kündigt eine Bill an, nach welcher bis zur Lösung der das Schankwirtschaftswesen betreffenden Gesamtforderungen keine neue Schankgerechtigkeit gewährt werden solle, außer, wo ganz besondere Ausnahmeverhältnisse dies erheischen. In Betreff des Zolles auf Korinthischen bemerkt Geschehen, Griechenland gewähre England dafür eine wesentliche Ermäßigung des Einfuhrzolles auf englische Waaren. Die Herabsetzung des Zolles auf Korinthischen erstreckte sich nicht auf andere getrocknete Früchte. Möglicherweise, daß Spanien und Frankreich, die hauptsächlichsten Produzenten von Korinthischen, es später für wünschenswerth halten würden, das Beispiel Griechenlands nachzuahmen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung, in welchem Geschehen noch erklärte, daß die Herabsetzung des Zolles auf Thee erst mit dem 1. Mai in Kraft trete, wurden mehrere Budgetvorschläge, darunter die Aufhebung des Zolles auf Silber- und Goldwaaren, angenommen.

Geschehen Budget ist unstreitig geistreich und interessant; es befriedigt und versöhnt viele Interessen. Allein es erregt, wie man der „Post“, hierzu aus London meldet, nicht die Begeisterung, mit welcher Gladstones geniale Budgets begrüßt zu werden pflegten. Selbst die der Regierung ergebenen Zeitungen kargen mit ihrem Beifall. Die „Times“ meint, die Ermäßigung des Theezolles, sowie die Abwesenheit eines Jugendschulstipendiums an die Einkommensteuereinzahler bilden eine Politik, welche feindseligen Kritik Raum läßt. In radikalen Kreisen wird geglaubt, die Ermäßigung des Theezolles werde den Consumanten nicht zu Gute kommen. (?) „Daily News“, Gladstones Organ, schließt ihren Artikel über das Budget wie folgt:

„Es ist ein gescheiter Versuch, jedermann zu befriedigen; aber es ruht auf keinem verständlichen Princip, und es wird keine große fiskalische oder sociale Reform bewirken. Es läßt alle großen Tagesfragen unberührt oder berührt sie nur, um sie noch mehr zu verwirren. Ein glänzendes Gebäude ohne Grundlage, wird es ein neuntägiges Wunder sein, und alsdann wird das Publikum finden, daß es nicht besser oder schlimmer ist, als es vorher gewesen. Eine große Gelegenheit ist verloren gegangen und ein hübscher Ueberschuss ist verthan.“

Im Laufe der Erörterung, welche sich an Geschehen Rede knüpfte, fragte Harcourt, warum keine Schritte zur Herstellung freier Schulunterrichts gethan werden. Geschehen erwiderte, die Regierung habe an dem Entschlusse fest, diese Frage zu lösen; es würde dazu in nächster Session geschritten werden. Die Opposition dürfte das Budget im Parlament wie außerhalb desselben vielfach bemängeln; allein es wird schwerlich zum Gegenstand eines allgemeinen Angriffes auf die Finanzpolitik der Regierung gemacht werden. In liberalen Kreisen werden Geschehen Budgetvorschläge als Beweis dafür angesehen, daß die Regierung an die baldige Auflösung des Parlaments denke.

Eine Erklärung des italienischen Handelsministers.

In der Eröffnungs-Sitzung der Gesellschaft zur Förderung der nationalen Industrie und des Handelsverkehrs, welche gestern in Turin stattfand, hat, erklärte der anwesende Minister Brin, die Besserung der Finanzen durch Verminderung der Ausgaben bilde einen wesentlichen Theil des Regierungsprogramms. Die Aufgabe würde sich erleichtern, wenn die auf Europa lassenden internationalen Verhältnisse sich zu bessern fortführten. Symptome lassen hoffen, daß die Friedenspolitik die Oberhand hat. Diese Friedenssinnlichkeit stehen mit den Bestrebungen Italiens in vollem Einklang. Der Minister hofft bald in die Lage zu kommen, die Opfer mildern zu können, welche die Wirtschaftspolitik Italiens bedrängen. Außer Minister Brin war auch der Unterrichtsminister Roselli in der Sitzung zugegen.

Vaticianische Politik.

Der römische Correspondent des „Standard“ erzählt von hochstehender Seite, daß die in Umlauf gesetzte Nachricht, der Papst werde möglicherweise zwischen Frankreich und Deutschland den Vermittler spielen, völlig unbegründet ist. Leo XIII. hat seine Vermittlung nicht angetragen, noch ist er darum ersucht worden. Es gab eine Zeit, wo die Spannung zwischen Frankreich und Italien ein acutes Stadium erreicht hatte. Damals dachte man im Vatican an einen solchen Fall, um sich die Dankbarkeit Frankreichs zu erwerben und Italien zu isoliren. Dem Gedanken wurde aber keine weitere Folge gegeben. Der Nuntius in Paris ist aufs neue instruiert worden, auf der Hut zu sein, um die Interessen des Papstthums zu wahren. Jede Annäherung zwischen Frankreich und Italien würde natürlich die Wahrscheinlichkeit vermindern, daß Frankreich im Falle eines europäischen Krieges die römische Frage wieder eröffnen werde.

In Deutschland hat wohl überhaupt Niemand die Nachricht von einer beabsichtigten Vermittlung des Papstes zwischen Deutschland und Frankreich ernst genommen.

Deutschland.

St. C. Berlin, 18. April. Morgen findet bei den kaiserlichen Majestäten das sogenannte Hofschaffneressen im Speisesaal der von dem Kaiserpaare im Schlosse bewohnten Räumlichkeiten statt, eine Ueberschreitung aus der Zeit des Kaisers Wilhelm I. Früher fand dieses Mahl stets in dem kleinen

blauen Speisesaale des königlichen Palais Unter den Linden statt. Zu demselben sind eingeladen außer den Hofschaffnern und deren bez. Gemahlinnen die ersten Hofschaffner sowie die Militärbevollmächtigten, der Staatssekretär des Aeußern Baron v. Marschall, der Intendant des diplomatischen Corps, Ceremonienmeister Kammerherr Baron v. Liebow, sowie der persönliche Dienst der allerhöchsten Herrschaften befohlen. * Berlin, 18. April. Durch die Blätter geht, wie wir schon gemeldet haben, die auffällige Mittheilung, daß Pfarrer Witte wegen seines literarischen Aufstiegs gegen den Hofprezidenten Stöcker vom königl. Consistorium mit 300 Mk. disciplinarisch „bestraft“ sei. Dem gegenüber erzählt die „Post“, daß eine Verhandlung vor dem königl. Consistorium allerdings und zwar bereits am 6. März stattgefunden hat und daß von dem Präsidenten Segel dem Pfarrer Witte eine mündliche Eröffnung gemacht, zugleich aber als Amisgeheimnis erklärt worden ist. Pfarrer Witte hat noch kein Erkenntnis empfangen und weiß nicht, wie das königl. Consistorium zur Zeit zur Sache steht. Was die Klage des Pfarrers Witte gegen den Rebeater des Stöckerschen „Volk“, Leuch, wegen Verleumdung anbelangt, so ist dieselbe auf den 30. Mai verschoben worden. Herr Witte wird seine Klage noch auf weitere Persönlichkeiten ausdehnen, insbesondere auch gegen den Hofprezidenten Stöcker, gegen den sich im Laufe des Processes sehr belästigendes Material ergeben hat. Zunächst steht der Sühnetermin zwischen Herrn Witte und Stöcker vor dem Schiedsmann am nächsten Willkomm an.

* [Das Gesetz über die verabschiedeten Offiziere.] Wie schon gemeldet, hat der Bundesrath dem vom letzten Reichstage auf Antrag des Abg. Richter beschlossenen Gesetzesentwurf, wonach die verabschiedeten Offiziere fernerhin der Militärgerichtsbarkeit nicht mehr unterworfen sind, zugestimmt. Das Gesetz soll insofern rückwirkende Kraft haben, als strafbare Handlungen verabschiedeter Personen, auch wenn sie vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begangen sind, der Militärgerichtsbarkeit nicht unterliegen, insofern rückwirkend derselben das militärgerichtliche Verfahren noch nicht eingeleitet ist.

* [Ueber die Verwaltungsgesetz-Grundzüge des Handelsministers.] Schreibt die Gouvernemente „Staat.-Corr.“: „Beyüglich jener socialpolitischen Maßnahmen, welche durch die Arbeiterbewegung und die mit ihr zusammenhängenden Fragen bedingt sind, hat die Industrie bezw. ihre Vertreter sicher ein Recht gehört zu werden, da sie in erster Linie von jenen berührt wird. In dieser Beziehung äußerte sich denn auch kürzlich der Handelsminister Baron von Bismarck dahin, daß er den Rath, die Einsicht, die Kenntnisse und Erfahrungen der Männer, welche dem praktischen Leben nahe stehen, nicht entbehren könne. Er sei zu lange Präsident und Oberpräsident in einer der gewerbreichsten Provinzen unseres Vaterlandes gewesen, um nicht zu wissen, wie unentbehrlich für eine verständige Verwaltung der Rath der Männer sei, die als die Weisheitseigenen von ihren Maßnahmen getroffen würden. Sein Verwaltungsbeamter könne des Rathes dieser Männer entbehren, wenn er nicht den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber einen ungesunden Zwang ausüben wolle. Er glaube sich bisher hiervon freigehalten zu haben und hoffe auf Unterstützung, wenn er in diesem Sinne seine Verwaltung führe und führen müsse.“ — Sicherlich haben die Industriellen ein begründetes Recht, bei diesen Fragen gehört zu werden, zu den „Weisheitseigenen“ gehören aber auch die Arbeiter selbst, woraus Herr v. Bismarck hoffentlich die nöthigen Konsequenzen ziehen wird.

* [Emin und der Sultan von Zanzibar.] Reisende, die aus Zanzibar inairo angefahren sind, berichten von einer Aeußerung des jetzigen Sultans, welche ein treffendes Bild auf die Gesühle der Verehrung und des Vertrauens zu werfen scheint, mit welchen die Eingeborenen daselbst Emin Pascha gegenübertraten. Der Sultan soll nach der ersten Audienz unseres Landmannes zu seiner Umgebung geäußert haben: „Dieser Mann gefällt mir so sehr, daß ich mit ihm immer in einem und demselben Zimmer schlafen möchte.“

* [Nichtzulassung gewisser Studenten an höhere Schulen.] Es ist mehrfach vorgekommen, daß junge Leute, insbesondere Abiturienten von Realgymnasien, nachdem sie bereits in das akademische Studium eingetreten waren und sich hiermit der Freiheit des akademischen Lebens erfreut hatten, unter dem Nachweis einer Entbindung von der Annahme von Universitätsvorlesungen als Gymnasialisten bzw. Aspiranten des Gymnasiums aufgenommen worden sind. Derartige Vorgänge haben den Cultusminister zu einem Erlaß an die Provinzialschulcollegien veranlaßt, in welchem er auf die bedenkliche Seite derselben aufmerksam macht. Wer bereits einer Lebensstellung angehörit hat, sagt darin der Minister, welche über die nothwendige Stufe der Schule hinausversteht, ist zum Klassenbesuche in höheren Lehranstalten im allgemeinen nicht mehr geeignet. Ausnahmen von dieser Regel im Falle eines besonderen gerechtfertigten Vertrauens zu der Persönlichkeit eines Aufnahme nachsuchenden jungen Mannes können nur unter vorgängiger ausdrücklicher Zustimmung des betreffenden Provinzialschulcollegiums stattfinden. Die Provinzialschulcollegien sollen die Directoren der höheren Lehranstalten davon in Kenntniz setzen und dabei bemerken, daß junge Leute, welche bereits Studenten gewesen sind, zum Eintritt in die höheren Schulen von Universitätsstädten überhaupt nicht zugelassen werden sollen.

* [Die Befehle der socialdemokratischen Fraction über die Feier des 1. Mai.] beruhen, wie dem „Berl. Volksblatt“ geschrieben wird, nicht auf einem Compromiß, sie sind mit einer einstimmigen grenzenden Majorität gefaßt. Dem „Berl. Tagel.“ zufolge waren 23 Mitglieder anwesend, von denen die Herren Schöppel, Schulze-Rönigsberg und Schmidt-Mittweida oder Frankfurter a. M. für die allgemeine Arbeitseinstellung eintraten.

* [Tarifantrag.] Dem Abgeordnetenhaus ist folgender von der freiconservativen Partei (v. Balan u. Gen.) ausgegangener Antrag zugegangen: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die künftige Staatsregierung zu ersuchen: zur Erleichterung des Verkehrs von Getreide, Malz, Mühlenfabrikaten und Vieh auf den Staats-eisenbahnen einen Tarif einzuführen, welcher die bestehenden Tarifsätze auf weitere Entfernungen in fallender Scala erheblich herabmindert.

* Potsdam, 18. April. Erzhertogin Valerie von Oesterreich ist heute Vormittag zum Besuche des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Hohenzollern hier eingetroffen.

* Neustadt, 18. April. Die Eröffnung der Bahnlinie Neustadt-Wesenberg-Mirow findet am 17. Mai cr. statt.

* Stuttgart, 18. April. Auf Anregung des Königs fand unter dem Vorthe des Prinzen Wilhelm

eine Berathung über Wiederabhaltung der württembergischen Landes-Gewerbe-Ausstellung statt. Diese soll in der Verbindung mit der Eröffnung des neuen Landes-Gewerbemuseums, welche in etwa 2 bis 3 Jahren erfolgen dürfte, abgehalten werden.

München, 18. April. Die Kammer der Abgeordneten nahm den gestern vom Abg. Viehl (Centr.) gestellten Antrag in Betreff einer Einschränkung des Actiengesetzes nach lebhafter Debatte in namentlicher Abstimmung mit 82 gegen 66 Stimmen an. Die Minister des Innern, der Justiz und des Aeußern hatten sich entschieden gegen den Antrag ausgesprochen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. April. Der Congress für innere Reformen ist heute geschlossen worden. Geheimrath Professor Leoben dankte namens der auswärtigen Congressbesucher dem Präsidium für die ausgezeichnete Geschäftsleitung und der gastfreien Hauptstadt Wien für den ihnen bereiteten lebenswürdigen Empfang.

Schweiz.

Bern, 18. April. Der Bundesrath beantragt bei den eidgenössischen Räten, in der Junifession die Eintheilung der eidgenössischen Wahlkreise für die Nationalrats-Wahlen nochmals zu behandeln, und zwar in dem Sinne, daß die in der Dezemberfession von beiden Räten beschlossenen Änderungen definitiv würden. Im übrigen würde es bei dem bisherigen Geseh bleiben. (W. I.)

Frankreich.

Marseille, 18. April. Auf dem gestrigen Banket im Börsegebäude betonte der Präsident Carnot in der Erwiderung auf die von dem Maire gehaltene Ansprache das Interesse, das Frankreich für die die sociale Frage berührenden Angelegenheiten hege. Man dürfe stolz auf die Stellung sein, welche sich Frankreich auf diesem weiten Gebiet einzig durch die Mittel der Freiheit geschaffen habe. In den wirtschaftlichen Kämpfen, welche die ganze Welt beschäftigen, sei das Zusammenhalten aller patriotischen Männer, welche von dem edlen Ehrgeiz befeuert sind, den Interessen des Landes zu dienen, erforderlich. Die Rede des Präsidenten Carnot wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. (W. I.)

England.

London, 18. April. [Unterhaus.] Samuel Smith beantragte eine Resolution zu Gunsten einer Conferenz betreffend die Herstellung der Doppelwährung. (W. I.)

Rußland.

Warschau, 17. April. Aus dem Gouvernements Plock ist eine größere Anzahl preussischer Juden, welche daselbst längere Zeit wohnhaft waren, ausgewiesen.

Brasilien.

Aus Rio de Janeiro vom 17. cr. eingegangene Depeschen melden, daß die brasilianische Regierung den Religionsunterricht in den staatlichen Schulen aufgehoben habe. (W. I.)

Preis und Heizwerth der Steinkohlen.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 18 234 veröffentlichten Artikel erhalten wir aus hiesigen Interessenkreisen folgende Zuschrift:

In Nr. 18 234 Ihres geschätzten Blattes hat ein Artikel (Vortrag des Herrn Professor Dr. Blochmann, gehalten am 26. März 1890 in Königsberg) Aufnahme gefunden, welcher die Handelsinteressen unseres Plazes als Hauptimporthafen schottischer Steinkohlen erheblich berührt und den zu beantworten und richtig zu stellen es bedarf.

Herr Professor Blochmann hat bei etwa 200 Untersuchungen von schottischen, englischen und schottischen Steinkohlen herausgefunden, daß von den brennbaren Bestandtheilen der Kohlenstoffe Schwankungen bis 20,7 Procent zeigt, es ergibt sich, daß diese 200 Proben ganz verschiedenen Gruben entnommen sind.

Weiterhin ist eine procentliche Zusammenfassung und der Heizwerth einer schottischen und schottischen Kohle aufgestellt. Darnach soll die schottische Kohle 72,2 Proc. Kohlenstoff und 9,8 Ache und Wasser, dagegen die schottische Kohle nur 32,2 Proc. Kohlenstoff und 23,8 Proc. Ache und Wasser enthalten. Das ist ein enormer Unterschied, und wenn der Privatmann und hauptsächlich der kleine Gewerbetreibende, welche beim Einkauf zwischen schottischen und schottischen Kohlen gewöhnlich keinen Unterschied machen, diese Zusammenfassung lesen, müssen sie sich mit Recht dem Bezuge schottischer Kohlen zuwenden und die schottische Kohle als eine ganz minderwertige betrachten. So liegt die Sache aber nicht. Die Richtigkeit der Analyse des Herrn Professor Dr. Blochmann will ich nicht an zweifeln, obgleich gelehrten Herren mitunter auch Irrthümer unterlaufen; in der Hauptsache handelt es sich darum, was Herr Prof. Blochmann unter „schottische und schottische Kohle“ versteht. Diese allgemeinen Bezeichnungen bedeuten gar nichts, es giebt gute schottische und auch gute schottische Steinkohlen und letztere stehen, was Brennkraft anbelangt, der schottischen gewiß nicht nach, die meisten schottischen Kohlen übertreffen die schottischen bei weitem; es fragt sich nur, aus welcher Grube dieselben entnommen sind.

Wie mag nun Herr Professor Blochmann zu dem für die schottischen Kohlen bedeutend schlechteren Resultate gekommen sein?

Es ist nicht anders denkbar, als daß derselbe bei der Einnahme der Proben nicht ganz unparteiisch, allerdings unbewußt, zu Werke gegangen ist, denn die im Handel als beste oder schlechte Kohle bezeichneten Marken sind ihm nicht geläufig, das erkennt man erst durch der Praxis, und er hat die Proben zufällig einerseits der besten schottischen Kohle (vielleicht schottische Kohle (Alloa), einer in Königsberg gangbaren Marke, entnommen; da ist es dann allerdings kein Wunder, wenn das Ergebnis für die schottische Kohle sich schlechter gestaltet. Unrichtig ist es, bei einer Analyse für Steinkohlen allgemeine Bezeichnungen wie „schottische oder schottische Kohle“ zu gebrauchen, dies giebt dem Laien zu Irrthümern Anlaß und es verurtheilt eine Kohle, die es nicht verdient, als „schlecht“ bezeichnet zu werden.

Das Resultat der Analyse wäre ein umgekehrtes gewesen, wenn Herr Professor Blochmann zufälliger Weise eine schlechte schottische Kohle, wie Wanda, Jakobgrube, und eine beste schottische Kohle, wie Lochgill, Cowdenbeath, Donnbristle, Grange-mouth oder andere gleichwertige Marken als Probe entnommen hätte; diese letzteren Kohlen übertreffen nach dem Urtheil Sachverständiger sämtliche schottischen Marken an Heizkraft, Reinheit, Festigkeit und Minderheit der unverbrennbaren Rückstände und werden deshalb, neben den geringeren Qualitäten, wie Leven, Muirhead, Forbell, die aber noch immer nicht so wenig Heizkraft als die Alloa-Kohle besitzen, in den meisten hiesigen Kohlenhandlungen geführt; dabei ist der Preis für diese besten Marken nicht höher, als für schottische Kohlen, die hier nur selten in den besten Marken vertreten sind.

Von der Marine.

Wilhelmshaven, 17. April. Der Großherzog von Oldenburg pflegt in kurzen oder längeren Zwischenräumen dem Kriegshafen Wilhelmshaven einen Besuch abzustatten und sich von den Fortschritten der Hafenanbauten und der Stadt, deren Entwicklung er stets

mit großem Interesse gefolgt ist, zu überzeugen. Sein heutiger Besuch galt ausschließlich dem jüngsten Panzerjagier der Marine, welches von Namen seines Landes trägt und dessen Bug das sehr schön in Farben ausgeführte Wappen des Großherzogthums führt. Der Großherzog traf mit dem Erbgroßherzog mittels Extrazuges von Oldenburg hier ein und wurde vom Chef der Marineleitung der Nordsee, Viceadmiral Paschen, am Salonwagen empfangen. Die hohen Herrschaften begaben sich sofort per Wagen an Bord der „Oldenburg“. Nach eingehender Besichtigung des Panzerjagiers nahmen die Herrschaften ein Frühstück in der hübsch decorirten Messe ein, während dessen die Kapelle der zweiten Matrosenbatterie musizierte. Im Lopp der „Oldenburg“ mehre, neben der Flagge des Viceadmirals, die großherzogliche Standarte. Das Panzerjagier „Oldenburg“, i. 3. bekanntlich Wachtschiff in Wilhelmshaven, ist das jüngste und kleinste der Marine. Es lief 1884 auf der Vulcanwerft bei Stettin vom Stapel.

* [Schiffsbewegungen.] Kreuzer „Habicht“ Poststation Amerun. — Aviso „Coren“ bis 25. April Alexandrien, dann Beirut (Syrien). — Kreuzer-Geschwader (Schiffe „Ceipig“ und „Gophie“) Poststation Hongkong. — Annonenboot „Wolf“ Hongkong. — Annonenboot „Alis“ Hongkong. — Annonenboot „Hyäne“ Capstadt. — Kreuzer-Corvette „Alexandrine“ Sydney (Australien). — Uebungs-Geschwader (Panzer-Kreuzer, „Deutschland“, „Friedrich der Große“, „Preußen“) Poststation Wilhelmshaven resp. vom 23. ab Kiel. — Kreuzer-Corvette „Ariadne“ Norfolk (Westindien). — Corvette „Trene“ bis 23. Wilhelmshaven, dann Kiel. — Yacht „Hohenzollern“ Kiel. — Fregatte „Bücher“ Kiel. — Panzerfahrzeug „Müde“ Wilhelmshaven. — Kreuzer „Sperber“ unbestimmt. — Panzer-Schiffe „Baden“ und „Dittler“ Kiel. — Panzerjagier „Oldenburg“ Wilhelmshaven. — Aviso „Blitz“ und „Grille“ Kiel. — Corvette „Carola“ Sanibar. — Corvette „Luise“ Kiel. — Fregatte „Niobe“, Corvette „Rixe“, Brigg „Krover“, Vermessungs-Fahrzeug „Nautilus“ Kiel. — Aviso „Schwalbe“ Sanibar. — Aviso „Pfeil“, Corvette „Victoria“ und Panzer-Fahrzeug „Gan“ Wilhelmshaven.

Am 20. April. S. A. 451, U. 78. Danzig, 19. April. M. A. B. Tage, M. A. 829.

Wetterausblick für Sonntag, 20. April, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Stark wolzig, vielfach heiter; frische Winde, kaum veränderte Temperatur. Strichweise Gewitter. Kalte Nacht.

* [Besuch des Kaisers in Königsberg.] Nach einer heutigen Meldung der „A. Hart. Z.“ trifft der Kaiser im letzten Drittel des Monats Mai mit Gefolge in Königsberg ein. Nach der „Allg. Z.“ soll der Kaiserbesuch am 27. oder 28. Mai zu erwarten sein.

* [Erkundung.] Der Seebdampfer „Newbottle“, welcher von Stettin kommend seine Ladung am hiesigen Plaze vervollständigt hatte und vorgeföhrt nach Liverpool ausgegangen war, ist gestern Morgen um 3 Uhr bei bichem Weiter bei Swanche auf der Insel Bornholm gestrandet. Wie der Capitän D. Mc. Laren telegraphirt, ist das Schiff voll Wasser und wahrscheinlich verloren; die Mannschaft ist gerettet.

* [Blitzschlag.] Bei dem gestrigen Gewitter wurde die Scheune des Bestehers Nabolisch in Zugdam von Blize getroffen und brannte nieder. Ferner wurde in Büßow in Pommern eine Frau vom Blize erschlagen.

* [General-Kirchenvisitation.] In der Zeit vom 28. Mai bis einschließlich den 10. Juni d. J. wird eine General-Kirchen- und Schulvisitation in der Diocese Dr. Stargard stattfinden. Zu Mitgliedern der Visitations-Commission sind ernannt worden: A. Geistliche Mitglieder: General-Superintendent D. Taube, Consistorial-Rath Koch in Danzig, Superintendent Dreier in Dr. Stargard, Superintendentvermeier Pastor Lohoff in Cammin in Pommern, Superintendent Strelow in Lüben, Pfarrer Hammer in Ronitz, Pfarrer Stengel in Neufahrwasser. B. Weltliche Mitglieder: Landrath, Geh. Regierungsrath Engler in Berent, Landrath Hagen in Dr. Stargard, Landschafts-Director Albrecht auf Segumin, Rittergutsbesitzer Raut auf Or. Alinisch, Gutsbesitzer Arndt in Garßlin.

* [Straßenbauten.] In den diesjährigen Bauetat sind bekanntlich zur Neupflasterung mit schwedischen Steinen 50 000 Mk. eingestellt. Nach dem nunmehr von der städtischen Baudeputation gefertigten Plane sollen in der angegebenen Weise neu gepflastert werden: die Reststücke des Altkanal, Grabens von der Schneidemühle bis Fischmarkt (Kostpreis 6200 Mk.), die Junkergasse (9500 Mark), Fleischerstraße vom Dorf, Graben bis Frankenhofen (20 000 Mk.), Reststücke der Brodbänkegasse vom Alten Hof bis zum Thor (3000 Mk.), Seifengasse, Beutlergasse, Aufgasse (zusammen 6400 Mk.), ein Theil der Aufgasse (1475 Mk.). — Mit Trottoirs sollen in diesem Sommer neu versehen werden: Spandhauser Neugasse (öfll. Seite), Burggrafenstraße, Hinter Ablers Brauhaus (öfll. Seite), Gr. Delmühlengasse (öfll. und nördl. Seite), Variengasse, Aufgasse (nördl. Seite).

* [Eis gefastet, das sogenannte „Mietzgetz“ zurückzugeben oder abzugeben.] Diese Frage beschäftigt häufig im Anfang jedes Quarsials die Herrschaften und noch mehr die Dienstboten. Die Gesindeordnung vom 8. November 1810 § 45 ff. sagt: „Nach einmal gegebenem und angenommenem Mietzgetz ist die Herrschaft schuldig, das Gesinde anzunehmen, und letzteres, den Dienst zur bestimmten Zeit anzutreten. Kein Theil kann sich davon losmachen. Weigert sich die Herrschaft, den Dienstboten anzunehmen, so muß sie ihm Lohn und Kostgeld gewähren, der Dienstbote dagegen ist durch Zwangsmittel zum Eintritt des Dienstes anzuhalten.“ Gesehlich ist aber weder ein Zurückgeben des Mietzgetzes, noch ein Abgeben gefastet; beide Punkte lassen sich nur im Wege gütlicher Einigung regeln.

* [Neue Postanstalten.] Am 1. Mai tritt in Esplanen bei Sopot eine Postfiliale in Wirklichkeit, welche mit den Postanstalten in Oliva und Sopot durch die Carlspost Oliva-Rölln (Westpr.), bzw. durch den Landbriefträger J. F. aus Sopot in Verbindung gesetzt wird. — Neue Postagenturen treten am 1. Mai in Wirklichkeit in Gmeln bei Carlsruhe, Schmalde (Kreis Thorn) und Gr. Wolz bei Runderweide (Kreis Marienwerder). Dem Landbesitzbezirk der neuen Postagentur Gmeln werden folgende Driftschaffen zugeföhrt: Garz D., Aarshania Agr., Rostkau Ag., Rostkau Dornmühle Ab., Elppowitz Agr., Rostkau und Gesträuch D. Die Postagentur Gr. Wolz erhält die Driftschaffen Bingsdorf D., Kleinwolz D. u. Ab., Schillingendorf D., Walldorf (Kreis Graubenz). Die Postagentur Schmalde erhält die Driftschaffen Barbarken M. und Gtbl., Barbarken Fo. und Gtbl., Culmer Chausseehaus, Forst IIIa, bei Thorn, Olek Ag., Rostwasser Fo., Schneidemühle bei Thorn.

* [Postfreiheit im Mobilmanagementsalle.] Nach einer mit dem Staatssecretär des Reichs-Postamts getroffenen Vereinbarung soll im Falle einer Mobilmanövr der Marine den Angehörigen derselben für die zur Beförderung durch die Feldpost geeigneten Sendungen die Postfreiheit bez. Portoermäßigung in dem gleichen Umfange gewährt werden, wie dies in dem § 25 der Feldpost-Dienstordnung für die Angehörigen des mobilen Landheeres vorgeföhrt ist.

* [Personalien beim Militär.] Die Serbis-

* [Berufung.] Es sind in gleicher Dienst-

* [Strombereitungen.] Der Minister der öffentlichen

* [Kaufmännischer Verein von 1870.] Die Lieber-

SS Ebing, 18. April. Gestern traf Geh. Ober-

* [Casachmänner-Versammlung.] Die Casach-

* [Kirchen-Collecte.] Der Oberkirchenrat hat an-

* [Polizeibericht vom 19. April.] Verhaftet: Ein

* [Kunststadt, 18. April.] Die Faschinenten-

* [Stuhm, 18. April.] Bekanntlich ist für Westpreu-

* [Platow, 18. April.] Die gestern erfolgte Ueber-

* [Pr. Friedland, 18. April.] Ein langer, schier

habe sich das Schwurgericht in seiner heutigen Sitzung

nommen, und diesen war ein Affentheil im Werthe

Gesien, 19. April. (Privattelegramm.) Das

* [Ein afrikanischer Pioneer.] In Janjibar ist

* [Stubbshammer (Rügen), 16. April.] Eine dänische

* [Cin, London, 17. April.] Der verschollene Dampfer

* [Newark, 18. April.] Der hiesiger Postdampfer

Telegramme der Danziger Zeitung.

Breslau, 19. April. (Privattelegramm.) Die

Lübeck, 19. April. (Privattelegramm.) Durch

Karlsruhe, 19. April. (Privattelegramm.) Als

Moskau, 19. April. (Privattelegramm.) Der

Petersburg, 19. April. (Privattelegramm.) Der

Danziger Börse.

Antilche Notierungen am 19. April.

Roggen loco fester, per Tonne von 1000 Kilogr.

Danzig, 19. April.

Getreidebörse. (S. v. Morflein.) Wetter: Warm, be-

Danzig, 19. April.

* [Wochen-Bericht.] Das Wetter war den Con-

Beacht wurde: Inländischer Sommer 121, 127/

Der Umsatz in Roggen beschränkte sich während der

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. April.

Weizen, gelb 186.00 184.20 2 Orient-Anl. 69.50 69.20

Produktenmärkte.

Königsberg, 18. April. (v. Bortolus u. Grothe.)

193.75 M. per Juni-Juli 193.25—193.75 M. per Juli-

Magdeburg, 18. April. Zuckerbericht. Normdru-

Düsseldorf, 17. April. (Amlicher Coursbericht.) Roh-

Schiffsliste.

19. April. Wind: DND. später GSD.

Plehnendorfer Kanalliste.

Stromad: A. Schmidt, Lapius, 88 I. Melasse.

Meteorologische Depesche vom 19. April.

(Telegraphische Depesche der „Danz. Ztg.“)

Stationen.	Bar.	Wind.	Wetter.	Tem.
Danischmühle	760	SD	5 wolkt	7
Herberich	763	SD	3 bedekt	5
Christiansburg	764	SD	3 wolkenlos	5
Rosenhagen	764	SD	3 bedekt	4
Stolthagen	763	SD	6 wolkt	4
Saparana	771	SD	1 wolkenlos	3
Petersburg	766	SD	2 bedekt	3
Moskau	760	SD	1 bedekt	2
Cork, Queenstown	760	DND	2 bedekt	7
Cherbourg	758	DND	5 Nebel	7
Seiber	755	SD	2 bedekt	6
Snit	754	SD	4 wolkt	4
Hamburg	752	SD	3 Regen	4
Neumünde	752	SD	1 Nebel	6
Neufahrwasser	752	SD	1 bedekt	10
Danien	755	SD	4 bedekt	10
Paris	754	DND	3 bedekt	7
München	752	SD	2 Regen	5
Karlsruhe	754	SD	2 bedekt	10
Münchener	753	SD	1 bedekt	10
München	756	SD	3 bedekt	8
Berlin	752	SD	3 wolkt	12
Moskau	755	SD	2 Regen	11
Breslau	752	SD	3 wolkenlos	10

Die Dage

Nachts anhaltender Regen. 2) Nachts Regen. 3)

Nachts etwas Regen. 4) Nachts anhaltender Regen.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht,

3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 =

stark, 8 = Sturm, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm,

11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das barometrische Minimum, welches gestern über

Züringen lag, ist mit abnehmender Tiefe nordwärts

nach der Obermündung fortgeschritten. Die frischen nord-

östlichen Winde dauern an der westdeutschen Küste fort,

während an der ostdeutschen die Winde schwächer ge-

worden sind. Das Wetter ist in Central-Europa trübe

und vielfach regnerisch. Die Temperatur ist in Deutsch-

land im Nordosten desiggen. Im übrigen ist Durchschnitt

etwas gefallen. In Rußland, in der Gegend von

Friedrichshafen haben Gewitter statt.

Deutsche Gewitter.

Meteorologische Beobachtungen.

April

Barom.

Thermom.

Wind und Wetter.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1

2

Beilage zu Nr. 18249 der Danziger Zeitung.

Donnabend, 19. April 1890.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 18. April.

Dritte Berathung des Etats des Cultusministeriums. Abg. Windthorst bringt die in jedem Jahre verlaublichen Alagen des Centrums vor. Erstens mühten unter den Räten des Cultusministeriums die Katholiken nach ihrer Kopfzahl vertreten sein, während gegenwärtig nur 4 katholische Räte vorhanden seien. Ein zweiter Beschwerdepunkt ist die Anstellung der Geistlichen und der Einspruch des Staates dagegen, diese Frage ist immer noch nicht definitiv geregelt. Das Schulaufsichtsgesetz verlangt eine gründliche Abänderung, damit die Kinder besser in der Religion unterrichtet werden; wir werden davon bei unserem Schulanfrage weiter sprechen. Ferner ist noch nicht geregelt die Frage des Eides, welchen die Bisthumsverweser zu leisten haben. Auch die Sperrgelberfrage ist immer noch nicht geregelt. Das Altkatholikengesetz ist in seinem Princip so verwerflich, daß es aus der Gesetzsammlung fort muß. Die Altkatholiken müssen sich als besondere Religionsgemeinschaft organisieren und können dann als solche vom Staate unterstützt werden. Wenn Hr. v. Lub endlich begriffen hat, daß die Altkatholiken nicht in die katholische Kirche gehören, dann wird Hr. v. Gohler das auch wohl begreifen müssen. Auch das Kirchenvermögensgesetz können wir nicht ertragen; es widerspricht den Grundsätzen der katholischen Kirche. Der Zustand von vor 1870 muß wieder hergestellt werden bis auf die Verfassungsbestimmungen, welche man leichtfertiger Weise aus der Verfassung entfernt hat. Ein Beschwerdepunkt ist ferner das Ordensgesetz. Die Orden sind eine Blüthe der katholischen Kirche; man hat sie durch allerlei Polizeimaßregeln belästigt und zerstört. Man sagt, es sind geheime Gesellschaften; die geheimen Gesellschaften sind die Freimaurer-Orden werden geduldet und stehen unter höher Protection. Hat das Staatsministerium die Absicht, auch diese geheimen Gesellschaften auf ihre Staatsgefährlichkeit zu examinieren? (Sehr gut! im Centrum.) In Bezug auf das Ordenswesen steht alles im Belieben des Ministers. Jede zugelassene und neu gegründete Niederlassung kann wieder aufgehoben werden. Bei den Frauenklöstern muß die Aufnahme jeder einzelnen Novize genehmigt werden. Im Bisthum Ermland bestand der Orden der Katharinerinnen. Man wollte die jetzt zerstreut wohnenden Schwestern in einem Hause vereinigen, in welchem auch die Schülerininnen Aufnahme finden sollten, die bei ihnen erzogen werden sollen. Der Minister hat diese Niederlassung nicht genehmigt, und zwar ohne Gründe. Bei den Evangelischen läßt man doch die Thätigkeit der Diakonissen zu, oder sind diese etwa auch staatsgefährlich? Dem Etat und dem Minister ist es nicht gegeben, die Kirche Gottes zu regieren und die Religion in der Schule zu lehren; dazu haben sie keinen Beruf und keine Befähigung. Die freie Kirche und die freie Schule müssen wir vertragen und werden sie immer verlangen. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Gohler: In einem Staate mit so verschiedenen Wünschen der einzelnen confessionellen Gruppen muß die Regierung stets bemüht sein, die Diagonale zu stehen. Im Interesse der einen Gruppe müßten die Wünsche der anderen unerfüllt bleiben, und es ist

baher natürlich, daß bei allen Gruppen Alagen, bei dieser diese, bei jener jene, laut werden. Die Regierung kann nicht der einen Gruppe eine größere Existenzberechtigung zugestehen, als der anderen. Was die Zusammensetzung des Cultusministeriums anlangt, so geschieht in katholischen Dingen nichts, ohne daß nicht ein katholischer Rath hinzugezogen wird. So besonders auch in Schulanlagen, und trotzdem sehe ich nicht, daß da irgend eine „Beruhigung“ eingetreten ist. Ich könnte ja sehr gut die Zahl der katholischen Räte vermehren, wenn ich nicht sähe, daß diese Forderung mit einer ganz bestimmten Tendenz an mich gerichtet wird. Ich kann nicht zugeben, daß irgend welche bestimmte Confession als solche einen Sitz im Cultusministerium erhält. Ich müßte ja dann auch Dissidenten und anderen einen Sitz zugestehen. Hr. Windthorst hat, wenn ich nicht irre, selber einmal gesagt, daß in den letzten Jahren die Entwicklung in protestantischen Ländern sich für die Kirche besser gestaltet hat, als in manchen katholischen Ländern. Das liegt eben daran, daß ich eine förmliche Angst habe, in die inneren Verhältnisse der katholischen Kirche einzugreifen. Ich zögere deshalb viel länger, ehe ich einen Erlaß in katholischen Dingen unterzeichne, als in evangelischen. Das Schulaufsichtsgesetz kann ich niemals aufheben vorschlagen. Was das Einspruchsrecht anlangt, so ist das eine Sache, die durch das Auswärtige Amt gegangen ist. Bei dem Bischofseid handelt es sich nur darum, daß kein Bischof fungieren kann ohne Anerkennung des Staates. Eine Vorlage über die Sperrgelber wird dem Hause in aller nächster Zeit zugehen. Das Altkatholikengesetz wirkt jetzt überhaupt nicht mehr störend, weil es so viel als möglich Zusammenstöße verhindert. Bessernde Hand hier anzulegen, ist daher nicht nöthig. In Bayern liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung ganz anders als bei uns. Was das Kirchenvermögens-Verwaltungsrecht anlangt, so sind die Katholiken darüber selber getheilter Meinung. Weber alle Geistlichen, noch alle Laien hat Hr. Windthorst hinter sich. Was dann die Wiederherstellung der Verfassungsartikel anlangt, so ist es in einem so großen Staate unmöglich, 17 Jahre der Entwicklung einfach auszuschließen. Auf dem Gebiete des Ordenswesens ist von einer Willkür des Ministers, wie Abg. Windthorst behauptet, nicht die Rede. Das Ordenswesen in Preußen hat — wie der Minister mit Ziffern belegt — gegenwärtig einen Umfang wie nie zuvor. Die Aufnahme von Novizen werde von ihm (dem Minister) keineswegs verhindert, was Abg. Windthorst überdies wissen müsse. Er verlange nur alljährlich eine Statistik über den Bestand am 31. December, und zwar sei das ein Vorschlag, den Bischof Kopp gemacht habe. Wenn Abg. Windthorst die Duldung der Freimaurer erwähnt habe, so wisse er (der Minister) von diesen vermutlich weniger, als der Vorredner. Im übrigen habe er nichts mit den Freimaurern zu thun, dieses sei Sache des Ministers des Innern. Schließlich könne er den Katholiken nur rathen, ihre etwaigen Beschwerden auf dem Wege eigener gesetzgeberischer Initiative zur Erledigung zu bringen.

Abg. Graf Bismarck-Citum (cons.) erklärt, mit den Ausführungen Windthorsts nicht übereinstimmen zu können. Der Cultuskampf ist eine Natur-Nothwendigkeit gewesen. Allerdings sind in diesem Kampfe auf beiden Seiten Fehler passiert. Ich sehe kein Bedürfnis für

eine katholische Abtheilung. Ein solche besteht ja schon im Lande, und zwar in Gestalt des Centrums. Haupt derselben ist Hr. Dr. Windthorst. (Heiterkeit.) Von dieser katholischen Abtheilung wird ja jedwede Maßnahme der Regierung in katholischen Dingen aufs schärfste geprüft. Auch in Bezug auf die Schulaufsicht bin ich und meine Freunde gegen die Windthorst'sche Auffassung und den Windthorst'schen Antrag. Die Schule soll eine christliche sein, gehört aber dem Staat. Das Kirchenvermögens-Verwaltungsrecht kann man im einzelnen abändern, aber nicht aufheben. Unter den Ordensleuten giebt es ganz vorzügliche Menschen, aber sie stehen doch zu ausschließlich unter dem Einflusse der katholischen Kirche, und eine Zulassung derselben in gar zu großer Zahl kann den Frieden gefährden.

Abg. Windthorst: Der Minister hat trotz seiner maßvollen Sprache sehr wenig Entgegenkommen gezeigt. Der Hinweis, daß wir Initiativanträge stellen sollen, um unsere Wünsche durchzusetzen, hat keinen Werth, denn die Mehrheit des Hauses würde doch unsere Anträge ablehnen. Deshalb scheint mir ein solcher Hinweis mehr Hohn zu sein. Der Cultuskampf ist entstanden, weil die evangelische Majorität des neuen Reiches glaubte, die Katholiken unterdrücken zu können und eine evangelische Nationalkirche zu gründen. Daß Fürst Bismarck den Cultuskampf beendigen wollte, erkennen wir mit Dank an und hoffen, daß sein Nachfolger das Werk unter Beihilfe des Cultusministers zu Ende führen wird. Ich kann aber nicht anerkennen, daß gerade ein evangelischer Cultusminister allein den Cultuskampf beendigen konnte. Wir Katholiken sind ebenso klug wie Sie, ebenso redlich, und können ebenso viel leisten, wie Sie. Warum machen Sie mich denn nicht zum Cultusminister! (Große Heiterkeit.) Ich habe doch in Hannover mit Erfolg an der Durchführung der evangelischen Synodalverfassung mitgewirkt. Der Cultuskampf wäre nicht möglich gewesen, wenn wir eine katholische Abtheilung gehabt hätten. (Widerspruch rechts.) Daß der Cultusminister allein die Verantwortung für Entscheidungen trägt, ist ein leerer Schein. Der Minister kann bei seiner großen Verwaltung nicht alle Details allein entscheiden. Die Räte machen die Sache, der Minister approbirt nur. Die Altkatholiken wünsche ich nicht als Mitglieber der katholischen Kirche behandelt zu sehen. Sie sollen die Stellung einnehmen, wie sie ihnen jetzt in Bayern zugewiesen ist. Ich wiederhole: Die einzig mögliche Remedur für die Leiden der Zeit ist Freiheit der Kirche und eine christliche Schule. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Stabrowski (P.) wiederholt seine Alagen über die Zurückdrängung der polnischen Sprache in der Provinz Posen.

Abg. Sawalle (Ctr.) spricht den Wunsch aus, die Regierung möge die Gehälter der Lehrer am Lyceum in Braunsberg aufbessern, und zwar in einem Nachtrag zum Etat.

Minister v. Gohler verspricht wohlwollende Berücksichtigung, wenn auch noch nicht in dem Nachtragsetat.

Abg. v. Strombeck (Ctr.) tritt für die Gleichstellung der Missionspfarrer mit den ordentlichen Pfarrern ein. Abg. v. Gynern (nat.-lib.): Ueber die Ursache des Cultuskampfes in Preußen wird die Geschichte urtheilen; darüber wird Hr. Janssen anders urtheilen als die

objectiven Geschichtsschreiber, z. B. Hr. v. Sybel. (Große Heiterkeit.) Die Ursache des Cultuskampfes ist die Bildung der Centrumpartei; das hat Kaiser Wilhelm in dem Briefe an den Papst bezeugt. Die Altkatholiken haben jetzt eigene Kirchen und Gemeinden, sie werden nicht mehr zu den Katholiken gerechnet. (Widerspruch im Centrum.) Die Rückkehr der Jesuiten und Redemptoristen ist eine Reichsangelegenheit, die uns hier nichts angeht. In Bezug auf die Thätigkeit der katholischen Abtheilung möchte ich hinweisen auf die Urtheile, welche der größte Staatsmann, den Preußen seit Jahrhunderten gehabt hat, Fürst Bismarck (Nachen im Centrum) darüber gefällt hat. Herr Windthorst verlangt nicht nur katholische Räte, sondern sie müssen auch ultramontan sein und unter Herrn Windthorsts Commando stehen. (Heiterkeit.) Herr Windthorst will einen Pfahl in das Fleisch des Cultusministeriums hineintreiben. Das nennt er den Frieden fördern. Das Kirchenvermögensgesetz ist auf Vereinbarung mit den Kirchenbehörden durchgeführt. Es ist mir nicht bekannt, daß seitens der Bischöfe eine Forderung auf Aenderung des Gesetzes gestellt worden ist. Ich glaube, Herr Windthorst will in Bezug auf dieses Gesetz eine Axtprobe innerhalb seiner Partei machen. Es ist bekannt, daß eine Spaltung im Centrum sich bemerkbar macht. (Nachen im Centrum.) Die Herren, welche lachen, sind Anhänger des Herrn Windthorst, aber im Lande sind große Gruppen, welche mit Herrn Windthorst nicht übereinstimmen. Ich erinnere nur an die Erklärungen des rheinischen Adels. (Nachen im Centrum.) Wir kennen ja die Wünsche des Herrn Windthorst; ich weiß nicht, weshalb er jetzt bei der dritten Berathung des Cultusgesetzes uns damit noch aufhält. Wir werden seinen Wünschen widerstreben und die preussischen Minister werden dies ebenfalls thun, so lange Preußen noch seine Macht und seine Existenz behaupten will. (Beifall bei den National-liberalen.)

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Brandenburg, Göhmann und Vergen, welche auf Einzelfälle, die in der zweiten Lesung besprochen sind, zurückkommen, bestreitet

Abg. v. Stabrowski wiederholt, daß die polnischen Geistlichen polonisirend auf die deutsch-katholische Bevölkerung in Posen zu wirken gesucht haben.

Abg. Sattler (nat.-lib.) sucht an einem Beispiel das Vorhandensein einer solchen Polonisierung nachzuweisen und betont demgegenüber die Nothwendigkeit einer kräftigen Germanisirung.

Abg. Conrad (Centr.) bespricht, überall den Religionsunterricht in der Muttersprache zu ertheilen. Hierauf verlegt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 18. April. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product Balis 88 % Rendement, neue Uance, l. a. B. Hamburg per April 12.30, per Mai 12.33 1/2, per August 12.53, per Debr. 12.30. Fein.

Hamburg, 18. April. Kaffee. Good average Santos per April 86 1/4, per Mai 86 1/4, per September 83 1/4, per Debr. 78 1/2. Ruhig.

Havre, 18. April. Kaffee Good average Santos per Mai 107.75, per September 105.75, per December 98.75. Ruhig.

